

Corona-Maßnahmen: Menschen schützen, nicht Profite!

Die Ausbreitung des Coronavirus ist gefährlich und bedroht das Leben von Tausenden. In Deutschland wurde versäumt frühzeitige und entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen, um ein exponentielles Wachstum der Infizierungen zu verhindern. Jetzt müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die dem Schutz der Bevölkerung dienen können. Dabei dürfen nicht die Profitinteressen von Unternehmen und Banken im Weg stehen. Und nicht die Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Rentner*innen, Studierenden und Familien sollen für die Kosten der Corona-Krise bezahlen, sondern die Super-Reichen und Banken und Konzerne!

Arbeiterrechte schützen!

Keine der notwendigen Maßnahmen darf auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung umgesetzt werden. Notwendig ist zum Beispiel dringend die Schließung aller Betriebe, ausgenommen derer für lebensnotwendige Versorgungsabläufe. Alle Beschäftigten, die freigestellt werden oder zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben müssen, müssen ihren vollen Lohn gezahlt bekommen. Beschäftigte, die in der jetzigen Situation weiter arbeiten müssen

und sich so einem erhöhten Risiko aussetzen, sollen Zuschläge von mindestens fünfzig Prozent erhalten. Beschäftigte im Gesundheitswesen sollten einen Zuschlag von hundert Prozent erhalten. Auf dieser Basis sollten ehemalige Krankenpfleger*innen und Ärzt*innen mobilisiert werden, um dem Personalmangel in den Krankenhäusern unmittelbar entgegenzuwirken. Alle nicht medizinisch absolut notwendigen Tätigkeiten müssen in den Krankenhäusern verschoben werden. Die Aufhebung der Personaluntergrenzen durch Krankheitsminister Spahn muss rückgängig gemacht werden.

Reiche zur Kasse!

Diese Maßnahmen müssen durch diejenigen finanziert werden, die seit Jahren privaten Reichtum in ihren Händen konzentrieren und nicht im Interesse der Gesellschaft einsetzen. Wir fordern deshalb eine einmalige Corona-Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zur Finanzierung der nötigen Maßnahmen – zehn Prozent ab der ersten Million, zwanzig Prozent ab zehn Millionen, dreißig Prozent ab hundert Millionen Euro Privatvermögen. Geldgierige Hersteller und Händler treiben die Preise für Medikamente, Desinfektionsmittel und Schutzkleidung in die Höhe. Die Produktion muss unmittelbar in die öffentliche Hand

unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Preise müssen demokratisch kontrolliert und Obergrenzen festgelegt werden. Dazu ist es nötig, dass vor allem die Gewerkschaften eine Kampagne beginnen und zum Mittel des Streiks greifen.

Demokratische Rechte

Die Herrschenden nutzen die Corona-Krise dabei auch dafür, demokratische Rechte weiter einzuschränken und Massenproteste zu verhindern. Politische und gewerkschaftliche Versammlungen müssen von allen staatlichen Verboten ausgenommen und die Entscheidung über die Durchführung in die Hände der Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen gelegt werden.

Kapitalismus macht krank – für sozialistische Demokratie

Die Corona-Krise ist auch eine System-Krise. Solange private Konzerne das Sagen haben, wird sich das nicht ändern. Nur wenn der kapitalistische Konkurrenzkampf durch demokratische Planung und Kooperation ersetzt wird, nur wenn statt einiger weniger Privateigentümer*innen und Großaktionär*innen, die arbeitende Bevölkerung selbst über Produktion, Forschung etc. entscheiden kann, werden diese Gefahren für die Menschen eliminiert werden können.

Wir fordern:

- **Sofortige Schließung aller Betriebe – ausgenommen derer für lebensnotwendige Versorgungsabläufe**
- **Voller Lohn für alle Beschäftigten, die freigestellt sind oder wegen Kinderbetreuung zuhause bleiben müssen**
- **Risikozuschläge für Beschäftigte, die weiter arbeiten müssen! Schutzkleidung sicherstellen!**
- **Aussetzung von Miet-, Strom-, & Gasabrechnungen**
- **Massive Investitionen ins Gesundheitswesen – Personalbemessung nach Bedarf jetzt! – Abschaffung der Fallkostenpauschalen – Übernahme aller Kosten**
- **Verstaatlichung aller privatisierten Krankenhäuser – Staatliches Gesundheitswesen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung!**
- **Notfallplan zur Produktion von Schutzkleidung, Medikamenten, etc. sowie zur Lebensmittelversorgung unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften**
- **Corona-Abgabe für Superreiche: zehn Prozent ab der ersten Million, zwanzig Prozent ab zehn Millionen, dreißig Prozent ab hundert Millionen Euro Privatvermögen!**
- **Demokratische Preiskontrollen und Festlegung von Obergrenzen!**
- **Industrie und Banken in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung**



AKTUELLE ARTIKEL, FORDERUNGEN & INFOS:

www.solidarität.info

TEL: 030 / 247 238 02 MESSENGER: 0177 / 173 1917 E-MAIL: INFO@SOLIDARITAET.INFO